

URNG: Die Suche nach politischen Leitlinien

Am 18. und 19. August fand der erste nationale Kongress der URNG statt. Das Ziel war, unter Beteiligung aller Mitglieder die Zukunft der Partei zu definieren. Um die Diskussion zu vereinfachen, wurde im Vorfeld des Kongresses unter den SympathisantInnen ein Dokument mit den wichtigsten Diskussionspunkten verteilt. Trotzdem nahmen einige Mitglieder aus Protest nicht am Kongress teil. Ihre Kritik ist, dass es an interner Demokratie fehle, dass die Diskussionspunkte aufgezwungen worden seien und zuwenig Zeit gewesen sei, um das Papier auf lokaler Ebene zu diskutieren.

Eine Woche später, am 26. August, fand dann die nationale URNG-Generalversammlung statt, auf der die neue Parteileitung gewählt wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde offiziell, was schon seit Monaten ein offenes Geheimnis ist: Rund um den bisherigen Generalsekretär Pablo Monsanto (Ismael Soto) hat sich eine Gruppe gebildet, die unter dem Namen *Corriente para el Rescate Revolucionario de la URNG* für eine offenere, selbstkritischere und demokratischere Diskussion innerhalb der Partei plädiert. Die Wahl fürs Generalsekretariat gewann die von Rodrigo Asturias (Gaspar Ilom) unterstützte Alba Estela Maldonado (Comandante Lola).

Wir möchten mit den Artikeln in diesem ¡Fijáte! einen Einblick in die aktuelle Diskussion innerhalb der URNG vermitteln. Dazu veröffentlichen wir zur Einleitung einen Artikel, der im Inforpress vom 27. Juli erschien und die Stimmung vor dem URNG-Kongress beschreibt, sowie eine kommentierte Zusammenfassung des Dokumentes, das vor dem Kongress zur Diskussion gestellt wurde. In erster Linie möchten wir aber Leute zu Wort kommen lassen, die Mitglieder der URNG sind oder der Partei nahe stehen und die Diskussionen 'aus der Nähe' verfolgt haben.

Ziel des ersten nationalen Kongresses der URNG ist es, gemeinsam zu definieren, wie die Zukunft der Partei aussehen soll, welche Strategie und welches Programm zu verfolgen sind. Am Kongress werden ehemalige KämpferInnen, historische Persönlichkeiten, die politischen Leader aber auch Parteiangehörige jüngeren Datums teilnehmen.

Die auf dem Kongress vereinbarten Abkommen werden anschliessend der Nationalen Versammlung übergeben, die am 26. August stattfindet, damit sie von dieser angenommen oder abgelehnt werden. Im Falle einer Annahme, werden die Abkommen zu verbindlichen, parteiinternen Richtlinien.

Zur Vorbereitung der Diskussion wurde das Arbeitspapier "Erster URNG-Kongress" verteilt. Darin heisst es, die guatemaltekische Linke verstehe unter 'neuem Sozialismus' eine "Gesellschaft ohne Vorenhaltungen, Ausschlüsse, sozialer Marginalisierung und Diskriminierung, in der das soziale Zusammenleben innerhalb einer umfangreichen Demokratie garantiert sei".

Gemäss Parteimitglied Héctor Nuila ist das nationale Partei- und Wahlgesetz sehr einschränkend und nicht fördernd für die Entwicklung der Parteien. Deshalb musste die URNG einen internen Spiel- und Diskussionsraum schaffen und diesen jetzt auch nützen, erklärte Nuila.

Aus dem Dokument geht hervor, dass die Priorität der Partei darin liege, die Demokratie in allen sozialen Zusammenhängen zu verankern. Demgegenüber argumentiert eine Strömung innerhalb der Partei, dass nicht einmal parteiintern diese demokratischen Strukturen eingehalten würden. So seien zum Beispiel die Traktanden für den na-

tionalen Kongress zusammengestellt worden, ohne dass die Parteimitglieder aus dem Landesinnern die Möglichkeit gehabt hätten, sich zu organisieren und gemeinsam eine Position zu den vorgegebenen Themen zu entwickeln. Weiter wird kritisiert, dass das Dokument von einer sehr kleinen Gruppe innerhalb der Parteiführung erarbeitet wurde und nicht zur Diskussion gestellt wurde.

Dies führte dazu, dass eine Gruppe, die sich *Strömung zur Rückgewinnung der Revolution in der URNG*, kurz *Corriente*, nennt, ihr eigenes Dokument veröffentlichte. Ricardo Sáenz, Vertreter der *Corriente*, nennt für die bestehenden Differenzen folgende Gründe: die Vorherrschaft der Einen und der Ausschluss aus parteiinternen Instanzen der Andern, die Nicht-Respektierung unterschiedlicher Meinungen und der Mangel an Opposition gegenüber der Regierung Portillos.

Dem widerspricht Nuila, der die *Corriente* als eine Abspaltung bezeichnet, "der jegliches ideologische und politische Fundament fehlt". Seiner Meinung nach sind es rein persönliche und Gruppeninteressen, die zu den internen Problemen geführt haben.

In einem sind sich aber Sáenz und Nuila einig: Die internen Probleme bedeuten einen immensen Kräfteverschleiss und verunmöglichen es der URNG, sich im Hinblick auf die nächsten Wahlen als eine der führenden politischen Kräfte im Land zu profilieren.

In diesem Zusammenhang gibt Nuila zu, dass es eines grossen Engagements bedarf, auf diesem Gebiet das verlorene Terrain wieder gut zu machen. Dazu gehört zum Beispiel auch der Vertrauensverlust der la-

teinamerikanischen Linken, die das für dieses Jahr in Guatemala geplante "Foro de Sao Paolo" absagte.

Sáenz seinerseits weist auf die grosse Anzahl sozialer Organisationen hin, auf die die URNG zu früheren Zeiten Einfluss ausübte und die sich heute gänzlich von der Partei abgewandt haben.

Einige politische AnalytikerInnen sehen die Probleme, mit denen die URNG zu kämpfen hat, in der Tradition eines Zerfalls, mit dem die politische Klasse fast aller lateinamerikani-

scher Länder zu kämpfen hat. Für Miguel Angel Sandoval, der als Mitglied der diplomatisch-politischen Kommission der URNG an den Friedensverhandlungen teilgenommen hatte, ist jede politische Partei, die mit internen Problemen zu kämpfen hat, unfähig, eigene Strategien zu entwickeln.

Auch die Fortschritte im immer wieder geführten Geschlechterdiskurs sind minimal. Die Kongressabgeordnete Nineth Montenegro bezeichnet die Chancen der Frauen, am politischen Geschehen teilzunehmen, als

sehr gering. Es fehle in sämtlichen Parteien an interner Demokratie und die Parteien würden von denjenigen angeführt, die schon seit Jahren das Sagen hätten, kritisiert Montenegro. Die linken Parteien seien diesbezüglich am Schlimmsten. Während die Frauen in den achtziger Jahren noch gross für die Demokratisierung innerhalb der linken Organisationen gekämpft haben, sollen sie heute in ihre traditionelle Rolle und an den Herd zurück gedrängt werden, kritisiert Nineth Montenegro.

Zusammenfassung des Dokuments "Erster URNG-Kongress"

Der erste Teil des Dokuments *Internationaler Kontext und aktuelle politische Situation in Guatemala* beschreibt die internationale Situation als einen "enormen Restrukturierungsprozess und als eine Zeit des wirtschaftlichen Wachstums, der Globalisierung, der freien Marktwirtschaft und der Technologisierung der Produktion". Dieser Prozess der "sich entwickelnden Ausbeutung auf globaler Ebene" habe eine "Zunahme der Ungleichheit zwischen den armen und den reichen Ländern zur Folge". In Lateinamerika habe dieser Prozess zu einem "vermeintlichen wirtschaftlichen Wachstum" geführt "auf Kosten einer zunehmenden sozialen Ungleichheit: Armut und extreme Armut, die Zerstörung der Produktionsgrundlagen der meisten Länder und eine hohe Auslandsverschuldung".

Die AutorInnen des Dokumentes sehen einen klaren Zusammenhang der heutigen Krise mit der Entwicklung des Kapitalismus. Die verschiedenen ideologischen Debatten innerhalb der historischen Linken und die jüngeren theoretischen Auseinandersetzungen, die diese Position begründen, werden leider nicht erwähnt.

Im Zusammenhang mit dem heutigen politischen System kritisieren die VerfasserInnen den "Autoritarismus und Zentralismus". Dazu würden Parteien gehören, die sich für den Wahlkampf formieren und darüber hinaus keinerlei Profil zeigen. Zwar verschweigt das Dokument die relativ erfolgreiche Erfahrung der *Demokratischen Front Neues Guatemala* (FDNG) während der Wahlen 1995, dafür erwähnt es die Beteiligung der URNG als Teil der *Allianz Neue Nation* (ANN) bei den Wahlen 1999.

Die AutorInnen des Dokumentes verstehen die heutige Transformationsphase als ein "unmittelbares Resul-

tat der Friedensabkommen. Entsprechend habe eine Stagnierung bei deren Umsetzung einen direkten Einfluss auf die politische Entwicklung im Lande".

Im Abschnitt über die sozioökonomische Situation wird ein "ausschliessendes und diskriminierendes System" beschrieben, mit einer ungleichen Landverteilung und einem immer schwächeren Staat ohne Sozialsystem. Die Oligarchie und die das Monopol haltenden Sektoren seien im Unternehmerverband CACIF vertreten, ein "übernationaler Verband, der die Funktionäre manipuliert und seine Interessen mit Druck und Drohungen durchsetzt". Es gebe eine Gruppe Neureicher, die ihren Reichtum im Schatten des Krieges angehäuft habe, durch gesetzlich verbotene Geschäfte wie Drogenhandel und Schmuggel oder durch Finanzspekulation.

Der zweite Teil des Dokumentes "Ziel und Programm der guatemaltekischen Revolution", ist in vier Abschnitte aufgeteilt. "Aufbau einer neuen Nation", "Erlangung einer vollständigen Demokratie", "Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates", und "Erarbeitung eines alternativen Entwicklungsmodells". Zum Schluss werden Vorschläge für die internationale Politik gemacht.

Als Einführung zu diesem Teil werden die historischen Forderungen der URNG als "revolutionärer Prozess" dargestellt, um der "Ausbeutung und jeglicher Form von Diskriminierung und Unterdrückung ein Ende zu setzen und für eine gerechtere Verteilung des Reichtums und der Sozialleistungen" einzutreten. Die Verwendung des Begriffs 'Reichtum' anstelle von 'Produktionsmittel' zeugt von einem wichtigem Umschwenken innerhalb des revolutionären Projekts. Während der Mechanismus für eine Umverteilung

des Reichtums innerhalb des bestehenden Marktsystems der Staat ist, bedingt eine gerechte Verteilung der Produktionsmittel eine Systemveränderung. Das Dokument geht leider nicht speziell auf den Unterschied dieser beiden Begriffe ein.

In diesem Abschnitt schlägt die URNG ein Projekt vor, das "neue interkulturelle Beziehungen" aufbaut, "die Rechte der indigenen Bevölkerung und die linguistischen Regionen akzeptiert". Die URNG kämpft gegen den "Ausschluss und die Diskriminierung der Frauen in allen Bereichen des sozialen Lebens". Dafür wird für die Dezentralisierung des Staates plädiert, für die Stärkung der Gemeinden und eine Verbesserung der Beziehung zwi-

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion und Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

schen Regierung und Bevölkerung.

Das alternative Entwicklungsmodell, das die URNG vorschlägt, will mit den sozialen Ungleichheiten, der ethnischen sowie der Alten- und Geschlechterdiskriminierung brechen. Das Mittel dazu sei ein starker Staat und ein Ausgleich zwischen der Produktion für den externen und den internen Markt. Weiter wird die "Regulierung des Landbesitzes vorgeschlagen, die Enteignung unrechtmässig angeeigneten und ungenutzten Landes zu Händen des Landfonds".

Zum Thema Steuern schlägt die URNG vor, dass "diejenigen mehr bezahlen, die mehr besitzen".

Bezüglich der Arbeitspolitik wird "ein Wachstum unter Berücksichtigung sozialer Aspekte" vorgeschlagen, sowie Verhandlungen mit der Regierung und im Land operierenden transnationalen Unternehmen, um gerechte Handelsbeziehungen aufzubauen.

Der dritte Teil bezieht sich auf "Strategien im Rahmen der gegebenen

Situation zur Bildung einer 'Grossen Allianz' demokratischer, revolutionärer und fortschrittlicher Kräfte zu einem gemeinsamen politischen Projekt... Die URNG sieht den wahlpolitischen Kampf auf lokaler Ebene als strategisch relevant". Ebenso wird die Einhaltung der Friedensabkommen als prioritär eingestuft und die Stärkung der Beziehung zu den sozialen Organisationen, speziell den Indígena- und Frauenorganisationen.

Im vierten Teil, über ihre Vision als Partei, wird die URNG selbstkritisch. "Wir sind uns bewusst, dass wir nicht die notwendigen und angemessenen Schritte unternommen haben, um eine einheitliche Struktur zu schaffen, unter Einbezug aller Militanten an den revolutionären und parteipolitischen Aufgaben.

In letzter Zeit haben sich die internen Probleme der URNG verschärft und sind auf unterschiedlichen Niveaus und in unterschiedlicher Intensität zu Tage getreten. Die Komplexi-

tät der obenerwähnten einheitlichen Struktur wurde von den Kommandanten der vier 'alten' Organisationen nicht genügend berücksichtigt und diskutiert".

Die AutorInnen kritisieren einige Parteimitglieder dafür, auf "der URNG unwürdige und ihr schadende Art eine politische Spaltung herbeigeführt zu haben, mit dem Ziel, eine Vormachtstellung innerhalb der Partei einzunehmen".

Den Frauen wird angeboten, eine gleichberechtigte Position innerhalb der Parteistrukturen einzunehmen.

Das Dokument definiert die URNG als eine Partei der Massen. "Die URNG vertritt nicht die Interessen einer spezifischen sozialen Klasse. Um die Aufgaben zu erfüllen, die wir uns als revolutionäre Partei stellen, brauchen wir eine breite soziale Basis, die in der Lage ist, konkrete Vorschläge auszuarbeiten. Mit einem solchen Konzept ist eine Aufteilung in 'Basis' und 'Kader' nicht möglich".

Guatemalteckische Revolution - wohin?

Demokratische und soziale Sektoren wie auch die revolutionären Kräfte sind sich darin einig, dass die Friedensabkommen im Dezember 1996 der Ausgangspunkt für die strukturellen Veränderungen waren, die aus dem bewaffneten Konflikt in die heutige guatemalteckische Realität führten.

Dieser Prozess passt gleichzeitig bestens in die von den Vereinigten Staaten angetriebene "Befriedungspolitik" in Lateinamerika hinein, deren Ziel es ist, durch die Schaffung "politischer Stabilität" (andere nennen es auch "Demokratie") private Investitionen zu fördern.

Die Wirtschaftsstruktur kann als "abhängiger Kapitalismus" bezeichnet werden, da die meisten (vor allem Landwirtschafts-) Produkte vom internationalen Markt abhängig sind. Auf diesen Grundpfeiler stützt sich die guatemalteckische Oligarchie, organisiert im CACIF, die es geschafft hat, sich als relativ kleine Gruppe unverhältnismässig zu bereichern. Dieses Wirtschaftssystem hat sich schon immer der politischen Instrumente und staatlicher verordneter Zwangsmassnahmen bedient, um die Bevölkerung zu unterdrücken.

Interessant ist, dass seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen und speziell während der Regierungszeit der FRG, strukturelle Veränderungen auf politischer, wirtschaftlicher

und sozialer Ebene stattfinden. Doch basieren diese Veränderungen nicht auf den Grundsätzen der Friedensabkommen sondern gehorchen der brutalen Realität von politischer Stabilisierung und Strukturanpassungen im Rahmen der neoliberalen Globalisierung. Dies vermischt sich auf eigenartige Weise mit den Interessen der aufstandsbekämpfenden und mafiösen Kreise, die versuchen, sich mit Geld und Macht ins Spiel der freien Marktwirtschaft, der Privatisierungen und der Spekulation zu mischen.

Die traditionelle Oligarchie sieht ihr Fundament, die Ausbeutungstradition, in Gefahr. Dies ist spürbar in den aktuellen politischen Kämpfen, die rund um die Themen Korruption, Steuerpolitik, Wahlgesetz, etc. ausgegtragen werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der US-amerikanische Imperialismus in der FRG und in deren 'portillistischen' Flügel, in der guatemalteckischen Mafia und in den aufstandsbekämpfenden Sektoren einen 'neuen', aber altbekannten Alliierten gefunden hat, um ihre neoliberalen Interessen in Guatemala durchzusetzen. Dass diese Sektoren in voller Aktion sind, beweisen die Überfälle auf soziale Organisationen, die Ermordung von Campesin@-AktivistInnen und die soziale Säuberung, die nach dem Gefängnisausbruch von Escuintla

stattgefunden hat.

Die traditionelle Oligarchie, historische 'Besitzerin' des Landes, versucht ihre Macht einzusetzen, um für sich selber vorteilhafte Lösungen auszuhandeln: Sie führt direkte Gespräche mit Präsident Portillo, schliesst Allianzen mit dem Volkssektor (wann gab es schon so etwas?) und den Massenmedien, etc.

Es ist eine komplexe Situation, in der sich eine Frage regelrecht aufdrängt: Wo in diesem Chaos bleibt das Volk? Dazu gibt es verschiedene Antworten:

Die traditionelle Oligarchie sagt: "Das Volk soll dort bleiben, wo es schon immer war, in der Ausbeutung".

Der neoliberale Imperialismus sagt, bzw. fragt: "Wen interessiert das Volk? - Die Gesetze des freien Marktes haben für alles eine Lösung".

Die guatemalteckische Demokratie sagt: "Das Volk soll sich von populistischen Diskursen blenden und von den Medien manipulieren lassen und wird auf subtile Art (und wenn es nicht anders, geht auch mit Gewalt) stillgehalten. Dafür darf es alle vier Jahre wählen".

Aber auch die guatemalteckischen RevolutionärInnen bieten verschiedene Antworten an:

Auf der einen Seite sagen sie: "Der Traum wurde vor Jahren ausgeträumt. Das Volk muss sich den neu-

en Bedingungen anpassen und die humanitären Seiten des Systems suchen". Was sie nicht sagen ist, dass sie in einer fragwürdigen Allianz mit der FRG stecken...

Auf der andern Seite sagen sie: "Es lebe die Vision! Die ganze Welt gegen den strategischen Feind und seine Alliierten... für die Rückgewinnung der Revolution!"

Hier zeigen sich klare Unterschiede in der Analyse der nationalen und internationalen Realität. Es zeigen sich auch die unterschiedlichen Alternativen, die vorgeschlagen werden, um den Geist der guatemaltekischen Revolution zu retten.

Klar ist jedoch, dass diese Revolution von 'unten' kommen muss, unter Einbezug von Männern, Frauen, Kindern, alten Menschen, Indígenas, MestizInnen und deren spezifische Ausgangslagen, Bedürfnisse, Interes-

sen und Anschauungen berücksichtigen muss.

Klar ist auch, dass das neoliberale, kapitalistische System sehr vereinnahmend ist, den Einen verlockende Möglichkeiten anbietet und Konformität und politische Meinungen bestimmt. Ein Phänomen, auf das man in linken Kreisen immer wieder hereinfällt. Daran mitschuldig ist unter anderem auch der spanische Einfluss (sprich PSOE) auf die revolutionären Parteien Lateinamerikas. So sind denn die Diskurse linker PolitikerInnen oft nicht identisch mit ihrem Handeln, was schliesslich systemerhaltende Auswirkungen hat. Ihre Verhandlungspositionen sind geschwächt durch die politischen Kompromisse, auf die sie sich einlassen.

Ein wichtiges Element, an dem aber noch gearbeitet werden muss, ist die interne Demokratie der URNG. Es

müssen neue Kriterien bestimmt werden, auf denen die revolutionäre Einheit aufgebaut wird. Diese Kriterien sind: Ideologische, politische und programmatische Richtlinien, gleichberechtigte Vertretung der Indígenas, der Frauen und der verschiedenen Generationen, horizontale Organisationsstrukturen, die Erneuerung der Parteiführung, die Förderung eines kritischen und undogmatischen Denkens und die Verbindung zu den sozialen Kämpfen.

Dies sind die Voraussetzungen für einen visionären revolutionären Prozess, auf demokratischen Grundlagen, hin zur sozialen Gerechtigkeit. Die Revolution lebt, aber die Menschen sind verantwortlich für ihre Entwicklung!

Harald Waxenecker

Notizen eines Beobachters

Am 25. August fand der zweite Parteikongress der URNG statt. 250 Delegierte und über 1000 SympathisantInnen fanden sich im Versammlungssaal des *Parque de la Industria* ein. Erstere um den Parteivorstand neu zu wählen, die anderen um mitzufeiern. Generell ist zu bemerken, dass die Veranstaltung Ausdruck einer lebendigen und zukunftsgerichteten politischen Organisation war. Das Bild der Anwesenden liess keine Zweifel aufkommen: Es handelt sich um eine Volkspartei, grösstenteils einfache Leute, die von einem Teil der Mittelschicht unterstützt werden.

Junge, Frauen und Indígenas mischten sich mit alten ergrauten KämpferInnen. Die Parolen riefen zur Einheit und einer offenen Partei ohne Hegemonie von Gruppen auf, erinnerten an die Gefallenen und verwarfen jegliche Annäherung an den General Rios Montt und die FRG. Unter den Anwesenden fiel eine Gruppe mit rot-schwarzen Halstüchern auf. Langsam wurde die real existierende Differenz zwischen zwei Strömungen (auch wenn inoffiziell gar von vier die Rede war) offensichtlich.

Dies ist allerdings keine Überraschung. Verschiedene Gruppierungen gehören zum normalen Erscheinungsbild von politischen Gruppierungen, vor allem wenn demokratische Strukturen existieren und unterschiedliche Meinungen offen ausgesprochen werden können. Nur wenn diese Organisationen im Stil religiöser Sekten durch

unbestrittene Führungspersonen im Caudillostil geführt werden, gibt es weder Differenzen noch Konflikte. Der ehemalige URNG-Generalsekretär Pablo Monsanto hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass der interne Konflikt gleichzeitig zur Stärkung der Partei beigetragen hat. Von 96 Gemeindegremien im Dezember ist die Partei auf aktuell 136 gewachsen, womit die These, dass der Kampf der Gegensätze die Entwicklung vorantreibt, bestätigt wurde.

Auf zwei lange einleitende Reden folgten zwei Rechenschaftsberichte an den Parteikongress, eine vernachlässigbare Anomalie. Sowohl der Generalsekretär als auch das nationale Exekutivkomitee legten sehr kritische Berichte vor. Vielleicht war es die aktuelle Situation, die es erlaubte, den Problemen auf den Grund zu gehen und harsche Kritiken an der Parteileitung zu üben. Dies wurde von vielen als eine überfällige Notwendigkeit empfunden. Grosse Zustimmung ernteten die Feststellungen, dass die URNG den politischen Kampf für die Umsetzung der Friedensabkommen nicht geführt und bezüglich der wichtigsten nationalen Themen keine eigene Position entwickelt hat.

In einer politischen Organisation sind die politischen und ideologischen Differenzen lösbar, wenn die strategischen, gemeinsamen Interessen nicht aus den Augen verloren werden. Handeln die WahlgewinnerInnen in

diesem Sinn und nutzen ihre Position dazu aus, mit der Minderheit zu verhandeln und diese einzubeziehen, so sind die internen Differenzen überwindbar.

Die Hochrufe und Parolen erinnerten daran, dass diese politische Organisation eine Repression überlebt hat, die selbst für lateinamerikanische Verhältnisse besonders brutal war. Offen bleibt allerdings die Frage, ob die URNG unter den gegenwärtigen Umständen fähig sein wird, sich den neuen Gegebenheiten und Herausforderungen anzupassen. Offen bleibt ebenfalls die Frage, ob der Politikstil der Vergangenheit, der zu falschen Bündnissen und auf Abwege führen kann, fortgeführt wird, oder ob eine interne Erneuerung Wege in die Zukunft weisen kann.

Die URNG hat eine lange Geschichte. Daraus und aus der Ausdauer und Entschlossenheit im Kampf leitet sich ihre Legitimität ab, wie Rolando Morán vor einiger Zeit festhielt. Nicht die Existenz der Sowjetunion oder Cubas, sondern die Unterstützung in wichtigen Teilen der Bevölkerung haben es erlaubt, den Kampf in den vergangenen 36 Jahren zu führen. Dazu kamen die enormen Opfer der Militanten, wie zum Beispiel von Alba Estela Maldonado, die nun als Generalsekretärin eine neue grosse Verantwortung übernommen hat.

Edmundo Urrutia

Die Wiederherstellung der Einheit, eine Chance für die Zukunft

Mit dem folgenden Artikel möchte ich der Desinformation und der Mittelmässigkeit der guatemaltekischen Massenmedien etwas entgegensetzen. Ausserdem hatte ich die Gelegenheit, bei diesen einzigartigen Anlässen dabei zu sein und bei ihrer Vorbereitung mitzuwirken. Ich versuche, aus einer unparteilichen Perspektive eine Analyse des ersten Kongresses und der zweiten Generalversammlung der URNG zu machen, erlaube mir aber auch ein paar persönliche Bemerkungen.

Auf der zweiten Generalversammlung der URNG vom 26. August ist klar geworden, dass es zwei unterschiedliche Strömungen innerhalb der Partei gibt. Gleichzeitig kam aber auch der politische Wille der guatemaltekischen RevolutionärInnen zum Ausdruck, eine solide, linke Alternative in unserem leidgeprüften Land aufzubauen.

Normalerweise legt auf einer Generalversammlung das Exekutivkomitee (CEN) seinen Rechenschaftsbericht ab. In diesem Falle bat der heutige Ex-Generalsekretär, Pablo Monsanto, um die Erlaubnis, seine eigene Sichtweise seiner Arbeit und der Situation der URNG darlegen zu dürfen. Dies war für ihn um so wichtiger, hatte er doch in den Wochen vor der Nationalversammlung nicht mehr an den Sitzungen des CEN teilgenommen und war entsprechend nicht an der Ausarbeitung des Rechenschaftsberichtes beteiligt.

In seiner 90-minütigen Rede machte Monsanto eine selbstkritische Analyse der Vorgeschichte des aktuellen Konflikts innerhalb der Partei. Dabei erwähnte er die kollektive Verantwortung der ehemaligen Kommandanten der URNG in der mangelnden Orientierung und Begleitung der Basis während des Übergangs vom 'revolutionären Volkskrieg' zu den Verhandlungen als Grundstrategie des Kampfes. Dazu gehört auch der Wechsel von militärisch-hierarchischen Strukturen einer Guerilla zu einer der parteipolitischen Arbeit angemessenen, horizontalen und partizipativen Struktur.

Als Unterzeichnerin der Friedensabkommen befand sich die URNG in den letzten fünf Jahren immer wieder in der Situation, einerseits den Demokratisierungsprozess anzutreiben und andererseits, in Opposition zu den rechten Regierungen zu stehen. Hin- und hergerissen zwischen diesen beiden Rollen und einer intoleranten Gesellschaft mit einem hohen Konfliktpotential, hat es die Parteiführung nicht geschafft, ihre politischen und strategischen Vorstösse so zu lancieren, dass sie sowohl der Gesell-

schaft wie auch der Parteibasis gerecht wurde, führte Monsanto aus.

Davon ausgehend und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die internen Probleme weit über dieses historische und ideologische Niveau hinausgehen und auch viel mit persönlichen Differenzen zu tun haben, gab die erste Generalversammlung vom Mai 1999 dem Exekutivkomitee den Auftrag, einen Parteikongress durchzuführen. Dieser Kongress sollte unter Beteiligung einer breiten Basis stattfinden und Gelegenheit bieten, programmatische, strategische und ideologische Aspekte zu analysieren und diskutieren.

Die Vorbereitungen zu diesem Kongress haben vor mehr als einem Jahr begonnen und wurden mehrere Male wegen persönlichen und methodischen Differenzen unterbrochen. Das Öffentlichwerden des 'Fall Noriega' im letzten Oktober und der Umgang damit, verschärfte die Situation und trieb einen weiter Keil in die bereits gespaltene Partei. Meiner Meinung nach war genau dieses Moment, als Pablo Monsanto begann, sich zurückzuziehen. Statt eine objektive und selbstkritische Diskussion innerhalb der CEN zu eröffnen, nahm er eine unflexible Haltung ein. Zusammen mit einer kleinen Gruppe von ehemaligen FAR-Leuten verteidigte er anfänglich Noriega durch dick und dünn. Später rückte er von dieser Position ab, offenbar aufgrund von Druck einer sich um ihn gebildeten Gruppe, die im Februar dieses Jahres unter dem Namen "Strömung zur Rückgewinnung der Revolution" an die Öffentlichkeit trat.

Die *Corriente* vertritt einen linksradikalen Diskurs und verbreitet den Eindruck, einer konsequenten revolutionären Ideologie zu folgen. Monsanto wird als Opfer der 'herrschenden Gruppe innerhalb der CEN' dargestellt, welcher gleichzeitig vorgeworfen wird, mit der FRG zu paktieren.

Ein Vergleich der Forderungen der *Corriente* und dem Diskussionspapier des ersten URNG-Kongresses zeigt, dass keine grundlegenden ideologischen Unterschiede zwischen den beiden bestehen. Die Hauptforderungen der *Corriente* finden sich auch im Diskussionspapier und wurden vor dem Kongress von einer breiten Basis diskutiert. Ebenfalls zu finden sind sie in der Schlussresolution des Kongresses, die an die Nationalversammlung weitergeleitet wurde. Einige davon werde ich weiter unten erwähnen.

Dieser einmalige Diskussionsprozess wurde von der *Corriente* und von Monsanto verkannt und boykottiert. Mitglieder der *Corriente* wurden zu den

verschiedenen Arbeitsgruppen, die den Kongress vorbereiteten, eingeladen. Unverständlicherweise nahmen sie an diesem Prozess nicht teil oder zogen sich zurück, um dann später zu sagen, sie seien ausgeschlossen worden.

Zum Kongress möchte ich noch erwähnen, dass 557 Delegierte aus 18 Departements teilgenommen haben (auch aus Gebieten, deren Departementssekretäre Monsanto unterstützen). Davon waren 70% Indígenas und 30% Frauen, auch die Jugend war stark vertreten.

Eine der wichtigsten Resolutionen ist sicher die Definition der URNG als demokratische, revolutionäre und sozialistische Partei. Weiter wurde eine Kommission einberufen, deren Aufgabe es ist, die Statuten der Partei zu revidieren und die Resolutionen des Kongresses einzubeziehen. Es wurde beschlossen, solche Kongresse regelmässig durchzuführen, um die politischen Richtlinien zu überprüfen, aktualisieren und zu korrigieren. Der nächste Kongress soll spätestens 2003 stattfinden.

Monsanto, der, ebenso wie seine AnhängerInnen, am Kongress nicht teilnahm, versuchte an der Generalversammlung eine Woche später mit seiner eingangs erwähnten Rede die Unterstützung der Delegierten für seine Wiederwahl zu gewinnen. Doch seine Strategie hatte nicht den gewünschten Erfolg. Die Wahl seiner Nachfolge fand in einer angespannten Atmosphäre statt, endete aber mit einem klaren Ergebnis. Die Liste von Alba Estela Maldonado (Ex-Comandante Lola), die Mitglieder der vier Ex-Organisationen der URNG einschliesst, gewann mit 154 zu 120 Stimmen, bei 5 Enthaltungen.

Zum ersten Mal in der Geschichte Guatemalas ist eine Frau Generalsekretärin einer Partei. Das 15-köpfige Exekutivkomitee umfasst vier Frauen, wovon eine Indígena ist, und insgesamt fünf Indígenas. Damit kommt die URNG dem einen Schritt näher, was sie als moderne linke und transparente Partei proklamiert.

Der Ex-Generalsekretär und seine AnhängerInnen haben versprochen, in der Partei und zugunsten eines revolutionären Projekts weiterzuarbeiten. Die neue Generalsekretärin rief in ihrer Antrittsrede zur Einheit auf und zur Stärkung jener Instrumente, die eine Beteiligung aller ermöglicht. Dies brauche Zeit und den Einsatz aller und die Partei habe jetzt die Gelegenheit zu beweisen, dass es möglich sei, eine progressive linke Alternative in Guatemala aufzubauen.

Juan Ramón Ruiz

Vizepräsident Reyes Lopéz aufgefliegen

Guatemala, 31. Aug. Bereits Anfang August sprach der Präsident der Guatemaltekischen Handelskammer (CCG), Jorge Briz, davon, dass er Opfer einer Diffamierungskampagne sei. Briz wurde verschiedentlich vorgeworfen, politisches Kapital aus den Protesten des Privatsektors gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu schlagen. Präsident Portillo forderte gar, Briz solle als Präsident der CCG zurücktreten, wenn er Ambitionen auf eine Präsidentschaftskandidatur habe.

Zu dieser Zeit zirkulierten im ganzen Land Tausende von Flugblättern, auf denen ein Brief von Federico Polá abgedruckt war, mit dem dieser Anfang Januar seinen Rücktritt als Geschäftsführer der Handelskammer begründete. Polá schrieb in seiner Kündigung, er sei besorgt um die Zukunft der Handelskammer... die von Briz als seine politische Plattform genutzt werde.

Wenige Tage später kam heraus, das die über eine Million Flugblätter in

der staatlichen Buchdruckerei gedruckt worden waren. Der kürzlich neu eingesetzte Direktor der Druckerei, Carlos Rafael Soto, wusste von nichts. Er habe seine Arbeit noch kaum begonnen, sagte er, versprach jedoch, die Sache untersuchen zu lassen. Als er zusammen mit JournalistInnen in die Druckerei ging, war Beweismaterial, das von jenen kurz zuvor fotografiert wurde, verschwunden, unter anderem ein Riesenstapel von Flugblättern, auf denen die Erhöhung der Mehrwertsteuer begrüsst wurde.

Angestellte der staatlichen Buchdruckerei gaben jedoch sehr bald zu, dass die Flugblätter bei ihnen gedruckt worden seien. Kongressabgeordnete der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) stellten ihre eigenen Nachforschungen an und fanden sehr bald heraus, dass die Flugblätter auf Anordnung des Vizepräsidenten Francisco Reyes Lopéz gedruckt wurden, gegen den bei der Staatsanwaltschaft sofort eine Klage eingereicht wurde. Die benutzten Druck-

platten und anderes Beweismaterial wurden von der ehemaligen Direktorin der Druckerei, Silvia Méndez, der MINUGUA übergeben. Die Sekretärin des Vizepräsidenten habe den Druckauftrag erteilt, sagte sie aus. Reyes Lopéz streitet alles ab, was nicht ganz einfach ist, existiert doch ein an ihn adressierter Kostenvoranschlag.

Sowohl die beiden Abgeordneten der UNE, Anabella de León und Magda Arceo wie auch Silvia Méndez erhielten umgehend Drohungen, im Fall von Méndez gingen sie soweit, dass sie mit ihren Kindern das Land verlassen musste.

Die Staatsanwaltschaft prüft einen Antrag, gemäss dem Reyes Lopéz die Immunität entzogen wird, um ihn einem Prozess zu unterziehen.

Der Schuss ging jedenfalls nach hinter los: Der Skandal hat die Popularität von Jorge Briz gesteigert und ihm weitere Gründe gegeben, die Unfähigkeit und Korruption der FRG-Regierung zu kritisieren.

...und die Preise steigen und steigen...

Guatemala, 27. Aug. Seitdem am 1. August die Mehrwertsteuer (IVA) erhöht wurde, sind bei der staatlichen *Direktion für KonsumentInnenbetreuung* (DIACO) bereits 700 Anzeigen gegen Geschäfte eingegangen, wegen unverhältnismässiger Steigerung der Preise für Grundnahrungsmittel.

Eingeklagt wurden Supermärkte, Grossverteiler aber auch kleine Quartierläden, in denen Preiserhöhungen bei 66 verschiedenen Produkten des Grund-Warenkorbes festgestellt wurden.

Wirtschaftsminister Marco Antonio Ventura informierte, dass die Preise zwischen fünf und zehn Prozent gestie-

gen seien, während die Mehrwertsteuer bekanntlich nur um zwei Prozent erhöht wurde. Er sagte, dass zwar Untersuchungen eingeleitet würden, das aktuelle KonsumentInnenschutzgesetz jedoch sehr wenig Spielraum biete, um Sanktionen gegen die Geschäfte auszusprechen.

Während die verschiedenen Einsprachen gegen die Erhöhung der IVA beim Verfassungsgericht hängig sind, reichte die ANN-Abgeordnete Nineth Montenegro eine Initiative ein, um die Produkte des Grund-Warenkorbes von der Erhöhung auszuschliessen. Zu diesen Produkten gehören u.a.: Gemüse,

Fleisch, Milch, Brot und Medikamente.

Im selben Zug wie die Mehrwertsteuer wurde auch eine Erhöhung der Einfuhrzölle für gebrauchte Fahrzeuge eingeführt. Dies hatte zur Folge, dass sich an der Grenze zu Mexiko die Gebrauchtwagen ansammelten, da die Importeure die bis ums Dreifache angestiegenen Zölle nicht bezahlen konnten. Eine in diesem Zusammenhang eingereichte Initiative scheint erfolgreich zu sein: Der Kongress will den Fahrzeughändlern entgegenkommen und prüft eine vorübergehende, 60%-ige Senkung der Einfuhrzölle für Autos, die älter als fünf Jahre sind.

Anführer des Gefängnisausbruchs getötet

Guatemala, 28. Aug. Die vier Anführer des Ausbruchs vom 17. Juni aus dem Gefängnis Alaska in Escuintla wurden bei einer Schiesserei in der Hauptstadt umgebracht. Die offizielle Version lautet, es habe sich um eine Abrechnung zwischen kriminellen Banden gehandelt.

Bereits zwei Wochen vorher hiess es seitens der Polizei, die Verhaftung der Vier stehe kurz bevor. Zweifellos gibt es einige Widersprüche, die den Verdacht aufkommen lassen, die Verhaftung sei tatsächlich geglückt und die Schiesserei bloss Show, um die Leichen der Öffentlichkeit zu präsentieren: Die Männer hatten bei ihrer Exekution die Hände ge-

bunden, anders wäre es gar nicht möglich gewesen, sie so zu erschliessen, wie sie gefunden wurden. Insgesamt wurden 68 Schüsse auf die Vier abgegeben, sämtliche davon in den Kopf, ins Gesicht und in den Brustkorb. So genau trifft niemand während eines Schusswechsels und aus einer Distanz von fünf Metern. Ausserdem wurden die Schüsse aus einem Fahrzeug mit getönten Scheiben abgegeben, was die Sicht zusätzlich behindert. Zeug-Innen sagten aus, sie hätten bloss acht oder zehn Schüsse gehört.

Das ganze sieht schwer danach aus, dass die vier Häftlinge ein für alle

Mal aus dem Weg geschafft werden sollten und dass es sich hier um einen Fall von 'sozialer Säuberung' handelt, einer Methode, mit der während des bewaffneten Konfliktes zahlreiche, dem Staat unliebsame Personen liquidiert wurden.

Knapp zwei Wochen später wurde das bekannteste Gefängnis der Hauptstadt, *El Pavón*, unter den 'Schutz' von zwei Panzern und 50 Soldaten gestellt, da das Gerücht über einen Aufstand der Häftlinge die Runde machte. Der Protest der Häftlinge richtet sich gegen den neuen Gefängnisdirektor, der von seinen früheren Arbeitsorten für Übergriffe gegenüber den Gefangenen bekannt ist.